



Anschauungsobjekt im Ratssaal: Knittlingen will für einen Amokalarm gerüstet sein. Foto: Becker

Gewappnet für den Ernstfall

An den Knittlinger Schulen wird ein Amok-Krisenreaktionssystem eingerichtet

Der Fall der Fälle möge nie eintreten, sind sich die Knittlinger Stadträte einig. Um dennoch für einen Amokalarm gerüstet zu sein, werden die Faust-Schule und die Grundschule in Freudenstein nun mit einem entsprechenden Krisenreaktionssystem ausgerüstet.

VON CAROLIN BECKER

KNITTLINGEN. Wichtigstes Ziel der Sicherheitsvorkehrungen sei, eine rasche Alarmierung zu ermöglichen und die Zimmer im Notfall von innen verriegeln zu können, erläuterte Hauptamtsleiter Stephan Hirth die Inhalte einer Verwaltungsvorschrift, die Knittlingen als Schulträger zu erfüllen

habe. Während der Mechanismus zur Verbarrikadierung von verschiedenen Anbietern auf jeweils sehr ähnliche Weise umgesetzt werde, eröffneten sich bei der Alarmierung mehrere Alternativen. „Spezialhandys für Lehrer haben aber ihre Tücken“, verwies Hirth unter anderem auf die Notwendigkeit, die Geräte ständig aufgeladen mit sich zu tragen, und auf die Gefahr des Diebstahls. Sicherer erscheine der Verwaltung „der Knopf in der Wand“, der an zahlreichen Schulen bereits auf Akzeptanz stoße und von den Schülern dort auch nicht missbraucht werde. Sowohl den Alarmknopf als auch den Türschließmechanismus bekamen die Stadträte anschließend vor Augen geführt.

„Wir befürworten es sehr, wenn die Maßnahme noch in diesem Jahr umgesetzt

wird“, sagte Evelyne Teschner-Klug (Alternative Liste). Die Lehrer erhielten einen Verhaltens- und Alarmierungsplan und machten die Schüler mit der Handhabung der Anlage vertraut, erfuhr sie von einer Vertreterin der beauftragten Fachfirma.

Die Angebotssumme für die Faust-Schule beläuft sich auf brutto gut 57200 Euro, für die Grundschule Freudenstein auf circa 18400 Euro. Jährliche Wartungskosten von insgesamt etwa 3400 Euro kommen hinzu. Dies seien zwar „erhebliche Summen“, sagte SPD-Sprecher Martin Blanc, „aber wenn man an Winnenden denkt, ist die Investition allemal gerechtfertigt“. Die Stadt trage schließlich Verantwortung für viele, viele Schüler, ergänzte Martin Reinhardt (CDU), ehe der Gemeinderat geschlossen seine Zustimmung bekundete.